

**Zum Thema:
Journalismus in dieser Zeit**

Nach der Veröffentlichung einer Seite ZEITGESCHICHTE in der Freien Presse am 13. November 2015 unter der Überschrift "Die Wut von Einsiedel" wurde an den Autor Oliver Hach und interessierte Kollegen der nachfolgende Artikel geschickt.



PS. Diese Gedanken wurden von mir vor den Anschlägen von Paris aufgeschrieben.

Bitte kein Lavieren

Ja, auch in unserer der schnelllebigen Zeit gibt es sie noch, die aufmerksamen Zeitungsleser. Und solch einer las mit **Genugtuung 2007 in der Freien Presse von Mittweida** unter der Hauptüberschrift **"Halbherzig"** einen Kommentar von dem **Journalisten Oliver Hach**.

Im Jahr 2007, als klar wurde, dass es im Raum Mittweida, von der „Sachsenburger Denkmalschändung im Jahre 1992, bis zur Kameradschaft „Sturm 34“ im Jahre 2007 eine Abfolge ergibt. Und sich der Mittweidaer Bürgermeister, Matthias Damm (CDU), sich beeilte, trotz der Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ in der Presse zu erklären, dass es aus seiner Sicht keinen Naziterror in Mittweida gebe – „maximal Straftaten mit rechtem Hintergrund“.

Unter der Hauptüberschrift „Halbherzig“ war am 14. Mai 2007 von Oliver Hach nach einer 2000-Teilnehmer- Demo gegen Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und Neonazis ua. zu lesen:

...Doch die Zahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Region weiter ein Problem mit Rechtsextremismus hat - und zwar beim Umgang mit diesem. Das Lavieren in Rathaus und Landratsamt zeigt: Wenn es beim Kampf gegen Neonazis konkret wird, gehen etablierte Politiker hierzulande oft nur halbherzig zu Werke.

Erst heißt es, man habe gar kein Neonazi Problem. Das werde - zum Schaden der Region - nur von den Medien herbeigeredet. Dann beginnt der Landrat einen Fördermittelantrag für Projekte gegen Rechts mit dem Satz, Mittweida sei in der Vergangenheit keine Schwerpunktregion des Rechtsextremismus in Sachsen gewesen. Und wenn es dann auf die Straße gehen soll, macht man eilig „gewaltbereite Autonome“ im Demonstrationszug aus. Die Bürger sollten also am besten zu Hause bleiben. Wie auf diese Weise das viel beschworene breite Bündnis gegen Rechts zustande kommen soll, bleibt schleierhaft.

Das war vor über acht Jahren. Vom „Eiertanz“ war zu berichten.

Nun, am Freitag, dem 13. November 2015 war vom **Asyl- Drama um Einsiedel** vom damals so konsequenten Journalisten Oliver Hach wieder in der Freien Presse zu lesen. Unter **"Die Wut von Einsiedel"** und einem großflächigem **NEIN- Foto** wird ein Hin und Her beschrieben. Und die Bürgerinitiative "Nein zum Erstaufnahmeheim" erhält durch einen Ronny Matthes eine weithin fett vernehmbare Stimme. *"Wir wollen hier keine Erstaufnahmeeinrichtung - und dabei bleiben wir."* Und der Herr Matthes hat, wohl im Sinne der "Besorgten Bürger" im Beitrag von Oliver Hach 2015 auch das letzte Wort.

Eine Seite Verständnis? Lavieren. Eiertanz. Weder Fisch noch Fleisch.
Wer wird hier bedient, fragt sich der aufmerksame Leser?

Was ist zwischen 2007 und 2015 passiert mit dem erstklassigem Zeitungsjournalisten Hach?
Unter dessen abgeschliffen? Beängstigt von Pegida- LÜGENPRESSE- Geschrei?

Oliver Hach hat im Jahr 2007 in Mittweida keine Zweideutigkeiten erkennen lassen.
Gerade heute sollte es nicht anders sein!

P.J.

Und zum Journalismus noch:

Wenn Rechtsextreme, Nationalisten, Rassisten und irreführende Wutbürger »Lügenpresse« schreien, geht es ihnen aber nicht um mehr Demokratie in der Medienwelt, sondern darum, alles, was nicht ihrer Meinung entspricht, zu eliminieren und durch ihre nationalistischen und rassistischen Tiraden zu ersetzen.



In einer Presseinformation der LINKEN im Stadtrat wird unter der Überschrift

"Der schwache Staat?" gefragt:

Gegen den **Pfarrer König** aus Jena oder den heutige Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, **Rammelow** wurde Jahre mit fragwürdigen Argumenten durch die Staatsanwaltschaft Dresden wegen Verstößen gegen das Demonstrationsrecht ermittelt. Ihr Vergehen? Sie haben angeblich eine Demonstration der NPD am 13. Februar, dem Tag der Zerstörung Dresdens, behindert.

„Besorgte Bürger“ – wohl nicht aus Einsiedel – haben am Mittwoch einen Beschäftigten im ehemaligen Pionierlager bedroht und genötigt, ihnen Zutritt zu den geplanten Flüchtlingsunterkünften zu verschaffen. Es dürften keine Einsiedler gewesen sein, denn diese hatten Tags zuvor die Möglichkeit, die Einrichtung in Augenschein zu nehmen. Das war richtig, dies hat sicherlich bei einigen zu einem –hoffentlich – Umdenken geführt.

Die Nötigung des Mitarbeiters und das damit rechtswidrige Betreten der Einrichtung ist, was es ist. Rechtsbruch!

Die Fraktion DIE LINKE verlangt, von Polizei und Strafverfolgungsbehörden nunmehr ein hartes Durchgreifen. Die Bedrohung von Menschen, die, ob Haupt –oder ehrenamtlich sich für Flüchtlinge einsetzen, darf nicht hingenommen werden. Wird da wieder die rechte Augenklappe runtergezogen, dann ist es die Kapitulation des Rechtsstaates vor der rechten Ideologie und deren Anhängern.